

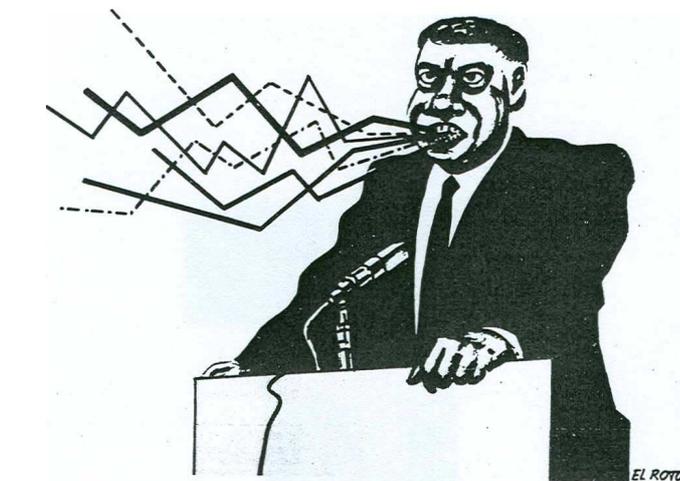
# Spanien nach dem Generalstreik Versuch

## eines sozialistischen Thatcherismus/Von Holm-Detlev Köhler

Der Generalstreik am 14. Dezember 1988 in Spanien hat sicher am meisten die Linke und die Gewerkschaften (nicht nur dort) selbst überrascht. Unser Autor zeigt nochmals die Hintergründe dieser erfolgreichen Manifestation auf. Die besondere Brisanz des Konflikts liegt für ihn darin, daß Spanien das erste Land Westeuropas werden konnte, in dem eine sozialdemokratische Regierungspartei sich offen gegen die Gewerkschaftsbewegung wendet und damit Abschied vom sozialdemokratischen Politikmodell der Nachkriegszeit nimmt. Dies hatte für ähnlich gelagerte Konflikte zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften (Italien, Frankreich, Lafontaine-Debatte) noch nicht absehbare Folgen.

Als im Februar der erste gemeinsame Aufruf der beiden Mehrheitsgewerkschaften zur "sozialen Wende" in der Wirtschaftspolitik laut wurde, reagierte die Regierung überheblich arrogant mit einem lapidaren Hinweis auf die makroökonomischen Erfolgsdaten. Die ersten Reaktionen auf den Generalstreik Anfang November zeugen immer noch nicht von ernsthafter Beunruhigung. Ein Generalstreik wurde als schlicht unangemessen bezeichnet und die kritisierten Maßnahmen als wirtschaftlich notwendig verteidigt. Die Gewerkschaften gaben sich damit selbst den Todesstoß. Als dann landesweit unter Beteiligung aller gewerkschaftlichen und politisch nahestehenden Organisationen bei Warnstreiks und Demonstrationen erste Mobilisierungserfolge spürbar wurden, wachte die Regierung langsam auf und beauftragte Organisationssekretär Benegas mit der Gegenmobilisierung. Die Partei, das sind im wesentlichen die 60.000 sozialistischen Staatsdiener, denn viel mehr hat auch die größte spanische Partei an aktiver Mitgliedschaft nicht zu bieten, wurde angewiesen, alles zur Verhinderung des Generalstreiks zu unternehmen. Die Methode ist inzwischen unter dem Namen "felipismo" (Anspielung auf Felipe González' autokratischen Führungsstil) altbekannt und wurde außer bei Wahlkämpfen und innerparteilichen Richtungsstreits erfolgreich beim Volksentscheid für den Verbleib in der NATO eingesetzt. Sie funktioniert nach dem einfachen Prinzip "Ich oder das Chaos". Zuerst wurde der bevorstehende Streik als "politisch", "gegen die demokratisch gewählte Regierung gerichtet" und "Spiel der Kommunisten" versucht zu diffamieren, eine unmittelbar aus dem Franquismus stammende Argumentationskette.

Da die spanische Regierung nicht nur den Partei- und Verwaltungsapparat sondern auch wichtige öffentliche Medien kontrolliert, schien die gewerkschaftliche Niederlage vorprogrammiert. Nichtsdestotrotz gab es immer mehr versandsichere bis streikunterstützende Verlautbarungen insbesondere aus Intellektuellen- und Künstlerkreisen, wobei ein in diesem Zusammenhang bislang völlig unbekannter Sektor großes Aufsehen erregte: die Berufsfußballer der ersten spanischen Liga. Sie erklärten ihr Verständnis für die soziale Not der Bevölkerung und solidarisierten sich in der Form, daß sie den Spieltag am 14. Dezember ausfallen ließen. Die Erklärungen einiger Nationalspieler trafen das Selbstgefühl der Regierung wesentlich empfindlicher als alle vorhergehenden Argumente oppositioneller Gewerkschafter und Politiker. Benegas verstieg sich zu billig populistischen Äußerungen gegen die "Millionenver-



diener", worauf diese konterten, er solle sich lieber Gedanken machen, wer die Steuern für sein Einkommen bezahle. Die Sportprofis hatten ein sehr viel besseres Gefühl für ihre Anhängerschaft als die PSOE-Spitze für ihre Wahlerbasis, die endlich einmal klarmachen wollte, daß Wahlstimmen keine BlancoSchecks bedeuten.

### Ökonomische und soziale Streikhintergründe

Die hohe Streikbeteiligung der Bevölkerung bis hin zu kaum betroffenen sozialen Gruppen ist wohl wesentlich aus einer angestauten Unzufriedenheit mit der Entwicklung der vergangenen Jahre zu erklären. Da ist zum einen der selbstherrliche Regierungsstil der Sozialisten, die sowohl interessenbezogen wie personell eng verflochten sind mit führenden Kapital- und Großbankensektoren und deren Subventions- und Steuerpolitik zu enormen Gewinnsteigerungen führte. Bei gleichzeitig stagnierendem Reallohn und sinkender Lohnquote fließen diese Gewinne nur in geringem Maße in arbeitsplatzschaffende, produktive Investitionen, überwiegend dagegen ins Ausland, in Rationalisierungen oder auf den durch die antiinflationistische Hochzinspolitik attraktiven Geldanlagenmarkt. Die Zahl der Modernisierungsoffer (Dauerarbeitslose, prekär Beschäftigte, Bewohner strukturschwacher- oder Krisenregionen, Frauen, Alte, Kleinbauern, Tagelöhner etc.) ist auf einen hohen Bevölkerungsanteil angewachsen. Spanien hat zwar derzeit die höchste Wachstumsrate in der EG, gleichzeitig aber auch die höchste Arbeitslosenrate (19,4 %) und den größten Schattenwirtschaftssektor.

Eine herausragende Problemgruppe bilden die Jugendlichen bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 48 %. Die Auseinandersetzungen an Schulen und Universitäten belegen die Rückständigkeit des Schul- und Ausbildungssystems. Die sozialen Folgen sind insbesondere in den Städten und industrialisierten Regionen spürbar, wo die Hälfte aller Familien in irgendeiner Form von Drogen und Jugendkriminalität betroffen ist. Der von der Regierung vorgelegte Jugendarbeitsförderungsplan ist nicht von ungefähr letzter Auslöser für den Generalstreik gewesen. Er sieht vor, daß Unternehmen Jugendliche zu Minimallohnen in Zeitarbeitsverhältnissen beschäftigen können, dafür keine Sozialabgaben entrichten müssen und staatliche Beihilfen erhalten können. "Ich will nicht als Billigarbeitskraft meinem Vater den Arbeitsplatz wegnehmen" hieß es auf einer Demonstration von 30.000 Jugendlichen in Madrid im Vorfeld des Generalstreiks. Der Jugendarbeitsförderungsplan stellt ein weiteres Kapitel gesetzlicher Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses dar, wogegen die Gewerkschaften bisher stets vergeblich protestierten. Zur Zeit ist

ein Viertel aller Arbeitsverträge zeitlich begrenzt bei kontinuierlich steigender Tendenz und einer großen Anzahl nicht vertraglich geregelter Arbeitsverhältnisse.

### Gewerkschaftliche Streikhintergründe

Die spanischen Gewerkschaften stehen seit längerer Zeit vor einem Scherbenhaufen. Ihre organisatorische Stärke ist gering und realistische Mitgliederschätzungen gehen von einem Organisationsgrad unter 10 % aus. Aue traditionellen Industriezweige mit starker gewerkschaftlicher Präsenz sind erheblich zusammengeschumpft, im wachsenden Dienstleistungssektor fassen sie nur schwer Fuß und im Staatssektor haben sie mit starker Konkurrenz der Berufsverbände zu kämpfen. Ihre bislang verfolgten Strategien sind gescheitert. Die Arbeiterkommissionen versuchten jahrelang vergeblich, die Arbeiterschaft zu Massenstreiks gegen Unternehmer, Regierung und UGT zu mobilisieren. Letztere wiederum mußte einsehen, daß eine Gewerkschaft nicht nur in zentralen Spitzenverhandlungen, in denen sie regelmäßig ausgetrickelt und "über den Tisch gezogen" wurde, Politik machen kann, sondern einer organisierten Basis und betrieblichen Verankerung bedarf. Zudem kostete sie die enge Anbindung an die Regierung, deren rückwärtslose Modernisierungspolitik sie zeitweise legitimieren half, zunehmend Stimmen bei Betriebsratswahlen. Das jüngste Betriebsratswahlresultat im wichtigen SEAT-Automobilwerk, welches die anarchosyndikalistische Mini-Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional de Trabajo) zur Überraschung aller Beteiligten als stärkste Fraktion ausweist, ist sicher nicht auf wiedererwachte anarchische Revolutionsgelüste der spanischen Arbeiterklasse zurückzuführen, sondern als Strafvotum für die undurchsichtige Verhandlungspraxis der Mehrheitsgewerkschaften zu interpretieren.

In dieser Krisensituation naherten sich UGT und CCOO schrittweise an und entfernten sich von ihren bisherigen Strategien und Schwesterparteien. Die neue Linie heißt gewerkschaftliche Aktionseinheit und dezentralere Verhandlungen gekoppelt mit dem Versuch, die gewerkschaftliche Präsenz im Betrieb auszubauen. Die UGT verwendet daneben die ihr in der Vergangenheit reichlich zugeflossenen staatlichen Subventionen zum Aufbau eines gewerkschaftlichen Dienstleistungsapparates. Zum Leidwesen der Propagandaabteilung der Regierung verhalten sich die CCOO sehr zurückhaltend, vermeiden die früher übliche Polemik gegen die Legitimität der Regierung und nehmen in Kauf, daß in der Medienöffentlichkeit die UGT im Streit mit der Regierung die Hauptrolle spielt.

### Ende des sozialdemokratischen Projekts?

Die politische Zukunft Spaniens ist durch den 14. Dezember jedenfalls offener geworden. Die Regierung verhandelt bislang ergebnislos mit den Gewerkschaften über deren Forderungen; wobei erstmals seit zehn Jahren die Unternehmensverbände weitgehend ausgeschlossen sind. Gleichzeitig hat eine parteinterne Debatte über das Verhältnis zu den Gewerkschaften eingesetzt. Zur Disposition steht nicht mehr und nicht weniger als der Ausstieg der PSOE aus dem Projekt der westeuropäischen Nachkriegssozialdemokratie, welches auf einem organisierten, keynesianischen Klassenkompromiß bei ausreichender Umverteilungsmasse zum Ausbau des Sozialstaates basierte. Gerade in der derzeitigen Hochkonjunktur wird deutlich, daß Spanien nicht die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für dieses Politikmodell besitzt. Die Gewerkschaften müßten auf Druck ihrer Basis, und drohendem Bedeutungsverlust aus dem staatlich organisierten Modernisierungspakt aussteigen, um sich zum Sprecher der vielen Modernisierungsverlierer zu machen und so wieder eine soziale Protagonistenrolle zu übernehmen.

Die UGT droht sogar, bei zukünftigen Wahlen nicht mehr die PSOE zu unterstützen. Die Gewerkschaften stünden dabei allerdings vor dem Dilemma, keine politischen Alternativen benennen zu können.

Die mit der Parteiführung identische Regierung sieht sich zum ersten Mal einer Situation gegenüber, in der die Grundmauern ihrer Politik und ihrer Einheit zu brockeln beginnen. Dabei bilden sich zwei Fraktionen heraus. Die eine propagiert eine offensiv-antigewerkschaftliche Strategie, ein "neues sozialistisches Projekt ohne gewerkschaftlichen Pferdefuß". Dabei soll den Gewerkschaften die anti-modernistische Rolle eines, das Spiel der Kommunisten spielenden korporativen Vereins zukommen und die sozialistische Regierung als wahrer, auf das Gesamtwohl bedachter Modernisierer erscheinen. Am Ende, wobei der störungsfreie Ablauf der gerade begonnenen EG-Präsidentschaft abgewartet werden müßte, soll das Volk an den Urnen in vorgezogenen Wahlen entscheiden. Diesem "sozialistischen Thatcherismus", der auch den Entzug staatlicher Finanzgarantien für die Gewerkschaften und ein restriktives Gesetz zur Regelung von Arbeitskonflikten bedeuten würde, stehen indes zwei Hindernisse im Weg: Die ökonomische Stabilität wäre durch die unweigerlich steigenden sozialen Auseinandersetzungen gefährdet und der politische Wahlsieg der PSOE ist keineswegs mehr so sicher, zumal sich die rechten Parteien in einem Konzentrations- und Neuformierungsprozeß befinden.

Aus diesen Gründen verlangt die zweite Fraktion sehr viel weitergehende Verständigungsbereitschaft gegenüber den Gewerkschaften mit dem Ziel eines neuen Sozialpaktes. Einige sozialistische Regionalregierungen haben schon demonstrativ begonnen, mit den Gewerkschaften regionale Abkommen zu vereinbaren. Diese Strategie würde bei der harrer gewordenen Verhandlungslinie der Gewerkschaften eine teilweise Aufgabe der neoliberalen, ...auf restriktiver Geld- und Haushaltspolitik beruhenden, Wirtschaftspolitik bedeuten und damit einen höchst unerwünschten Konflikt mit wichtigen Kapitalfraktionen herbeiführen. Ein Ausweg aus dieser, sicher auch von anderen sozialdemokratischen Regierungen Europas aufmerksam verfolgten, Zwickmühle ist noch nicht in Sicht und die Spanier gucken wieder einmal neidisch auf den südeuropäischen Konkurrenten Italien, wo es der christdemokratisch geführten Regierung durch einen Pakt mit den Gewerkschaften im letzten Monat gelungen ist, den ausgerufenen Generalstreik abzuwenden.